

„Briefetal-Bote“ erscheint Diensttag, Donnerstag, Sonnabend und Sonntag. Der Bezugspreis beträgt monatlich 1,20 RM, wöchentlich 25 Pfennig. Die einzelne Nummer kostet 10 Pfennig.

Abgegeben werden in der nächstgelegenen Postanstalt, Briefkasten-Nr. 3 und von allen Postämtern ansonsten. Die nächstgelegene Poststelle ist 20 Pfennig, die Fernspreistanne 1 Mark.

Briefetal-Bote

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briese, Lehnitz, Stolpe



für ehem. Hoffjagdrevier, Bergfelde, Frohnau, Schönfließ und Umgegend

Sernspracher: Amt Birkenwerder Nr. 5

Telegr.: Briefetalbote, Birkenwerder

Alleiniges amtliches Publikationsorgan für die Amtsbezirke Birkenwerder und Schönfließ

Nr. 143. Postcheckkonto: Berlin 62 448. Sonnabend, den 12. September 1925. Postcheckkonto: Berlin 62 448. 24. Jahrg.

Der Amtsvorsteher Birkenwerder.

Bei der jetzt früher eintretenden Dunkelheit müssen Fahräder und Fuhrwerke sowie sämtliche Fahrzeuge wieder beleuchtet werden. Nach für eine ordentliche Beleuchtung der auf den Straßen, Bürgersteigen und Plätzen sowie vor den Gebäuden, einzeln, Schmelzen stehenden lebenden Wagen usw. muß unbedingt Sorge getragen werden.

Ich gebe der Erwartung Ausdruck, daß dies im Interesse der öffentlichen Sicherheit fortan geschieht. Zusammenfassungen werden unannehmlich bestraft. Die Augenbeamten sind mit entsprechender Anweisung versehen.

Die Vergeltungsverträge und zwar von der Wilhelmstraße bis zum Rathaus, wird mit sofortiger Wirkung wegen Vornahme von Pfänderungen gelöst.

Birkenwerder, den 11. September 1925.

Der Amtsvorsteher. J. W. Pieper.

Der Gemeindevorsteher Birkenwerder.

Die Hundesteuern und die Steuern vom Grundvermögen, mit Ausnahme der Grundvermögenssteuern für die Grundbesitzer, die dauernd land- oder forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Zwecken dienen, sind für den Monat September bis zum 17. d. Mts. einschl. in der Gemeindekasse zu zahlen. Die Gewerbesteuern vom Ertrage und Kapital sind erst wieder im Monat Oktober fällig.

Birkenwerder, den 11. September 1925.

Der komm. Gemeindevorsteher. J. W. Rosenau, Gemeindefürsorge

Hohen Neuendorf

Der Gemeindevorsteher macht bekannt:

Auf Grund des § 14 des Gesetzes vom 3. Dezember 1920 (G. S. 1921 S. 1) und gemäß dem Runderlaß des Herrn Ministers des Innern vom 20. August 1925 (MBl. S. 885) wird hiermit bestimmt, daß die Neuwahl zum Kreisrat am Sonntag, den 26. Oktober 1925 stattzufinden hat.

Berlin, den 3. September 1925.

Der Kreisaustrag des Kreises Niederbarnim. Schlemminger. Jonas. Kühn.

Neuwahlen zum Provinziallandtag und zum Kreisrat.

Das Preussische Staatsministerium hat durch Verordnung vom 17. 8. 1925 (G. S. 106) bestimmt, daß die Neuwahl zum Provinziallandtag am Sonntag, den 25. 10. 1925 stattzufinden hat.

Eine gleiche Festimmung hat der Kreisaustrag für die Neuwahlen zum Kreisrat durch obigen Beschluß getroffen.

Die Neuwahlen zum Provinziallandtag und zum Kreisrat werden deshalb miteinander verbunden.

Mahgebend für das Wahlverfahren sind das Gesetz vom 3. 12. 1920 (G. S. 1921 S. 1) und die Wahlordnung vom 31. 12. 1920 (G. S. 1921 S. 8) in der Fassung der Verordnung vom 18. 1. 1921 (G. S. 111) und der Verordnungen vom 3. 12. 1920 (G. S. 1921 S. 8) und vom 20. 8. 1925 (MBl. S. 885) ergangen, der verschiedene Abänderungen und Ergänzungen der Wahlordnung enthält.

Abdruck des Wahlgesetzes und der Wahlordnung unter Berücksichtigung aller Änderungen wird den Ortsbehörden baldmöglichst zugehen.

Die Auslegung der Wahlregeln hat gemäß dem erwähnten Runderlaß in der Zeit vom 26. September bis einschl. den 3. Oktober 1925 zu erfolgen. Die Ortsbehörden eruche ich, sogleich mit den Vorarbeiten zu beginnen. Die erforderlichen Formulare werden hier beifolgt und mit Verweisung überliefert.

Berlin, den 4. September 1925.

Der Landrat.

Elektrizitätsversorgung.

Wegen dringender Dringlichkeiten werden die Leitungen Hauptstraße (vom Hismarkplatz bis Stolper Straße), Luisenstraße, Prinz Dietrichstraße, Kunitzstraße und Brinzenstraße bis Sonnabend, den 12. d. Mts. 7 Uhr abends Stromlos sein.

Was gibt es Neues?

Die Berliner politische Polizei ist einem neuen Geheimbunde auf die Spur gekommen, der der berüchtigten amerikanischen Ku-Klux-Klan-Organisation nachgebildet ist.

Der in Genf weilende Staatssekretär Dr. Dewald hat mit dem politischen Außenminister Graf Ströhm über die Beilegung des deutsch-polnischen Zollkonfliktes verhandelt.

Dem Preussischen Staatsrat ist ein Gesetzentwurf zur Überleitung der Gewerbesteuer in das regelmäßige Veranlagungsverfahren überliefert worden.

Nach einer Genfer Meldung arbeitet der schwedisch-polnische Außenminister Benesch zurzeit einen Sicherheitsvertrag zwischen Deutschland, Polen und der Tschechei aus.

Der britische Außenminister Chamberlain hielt in der Völkerbundversammlung eine bedeutungsvolle Rede, worin er die Stellung Großbritanniens zur Frage der Sicherung des europäischen Friedens darlegte.

Nach der Landung der Spanier in Marokko hat die große spanisch-französische Offensive begonnen.

In Berlin sind wiederum zwei Brandstiftungen verübt worden.

Der Orden vom „deurigen Kreuz“.

Ku-Klux-Klan in Deutschland.

Die Entdeckung einer neuen deutschen Geheimorganisation, die nach dem Muster der berüchtigten Ku-Klux-Klan-Organisationen in Amerika aufgebaut sein soll, macht seit einigen Tagen in der deutschen

Presse viel von sich reden. Der von der Berliner politischen Polizei entdeckte Geheimbund soll eine neue „Geheimorganisation“, der „Orden vom feurigen Kreuz“ sein. Das

Berliner Polizeipräsident

macht über diese Geheimorganisation die Angabe, daß die politische Polizei bei der Aufklärungsarbeit über die Hememorde in Westfalen anlässlich von Hausdurchsuchungen auf diesen Orden vom feurigen Kreuz gestoßen sei. Die Geheimorganisation soll dem amerikanischen Ku-Klux-Klan nachgebildet sein und bereits über 350 sogenannte „Ritter“ zählen. Dazwischen kämen noch eine ganze Reihe weiterer sogenannter einfacher Mitglieder, so daß man mit einem Mitgliederbestand von gut 1000 Personen rechnen könnte. Nach Aussage der Behörden handelt es sich nicht etwa um ein unternehmen jugendlicher, sondern größtenteils reiferer Männer.

Das Ziel des Ordens

Ist nach den der Polizei in die Hände gefallenen Sätzen, „Bekämpfung der Erzfeinde des deutschen Volkes, der Juden und Judengenossen, der Polen, Franzosen usw.“ Der Orden ist eingeteilt in 5 Grade, und zwar in die drei niederen Grade, den Senat (4. Grad) und den Asgard (5. Grad). Der Asgard setzt sich aus drei regierenden und kontrollierenden Personen zusammen. Die Sätze stellen eine fast wörtliche Abschrift der amerikanischen Ku-Klux-Klan-Sätze dar.

Drei Amerikaner,

von denen zwei verhaftet werden konnten, gesten als die Gründer dieser merkwürdigen Gesellschaft, zwei Prediger, Vater und Sohn, mit Namen Strohschein und ein gewisser Gray, letzterem gelang es, vor ein paar Wochen sich nach Amerika in Sicherheit zu bringen. Bis vor kurzem bildeten die drei Amerikaner den Asgard. Sie mußten aber ihr Amt niederlegen, und jetzt ist der Senat an der Herrschaft. Der Führer, der sich den allgemein anerkannten „Botan“ beigelegt hatte, wie 17 andere Personen dieser Geheimgesellschaft wurden verhaftet, acht sind indessen schon wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Die Polizei glaubt, daß diese Geheimorganisation in gewissen Beziehungen zu den Mecklenburger Hememorden und anderen Gewalttaten stehe. Diese Vermutung gründet sich neben anderen Zirkelangelegenheiten auf einen

romantischer Schwur

bei der Aufnahme, in dem den „Berrättern“ u. a. angedroht wird, daß ihnen „alle Knochen im Leibe zerbrochen werden sollen“.

Das amerikanische Vorbild, der

Ku-Klux-Klan,

ist in Amerika 1867 nach den Sezessionskriegen entstanden zur Abwehr gegen die Übergriffe der Regier aus den Südstaaten. Der Name stammt von dem griechischen Kluftos (Kreis). Weiter richtete sich dann diese Organisation gegen katholische Polen, Slaven und Juden. Eine starke Agitation hatte bevorzwe 1924 schwere Ausschreitungen zur Folge. Frauen, die nicht nach dem Ku-Klux-Kring geheiratet hatten, wurden die drei berichtigten „K“ in die Stirn gebrannt. Es gab einen großen Skandal, in dem auch der jüdisch-verflorene Bryan, der Held des Daytoner Affenkonvent beschäftigte sich mit den Vorfällen, wagte aber nicht, die drei „K“ dabei auch nur zu erwähnen. Die Mehrheit des Kongresses nahm den Orden in Schutz. In den meisten Staaten Nordamerikas, besonders des Südens, ging der letzte Wahlkampf nur unter der Parole „Für oder gegen den Ku-Klux-Klan“ vor sich.

Konferenzgedränge.

Meinungsaustausch und Konsens?

Das internationale Gerede über die bevorstehende Außenministerkonferenz in der Sicherheitsfrage wächst sich von Tag zu Tag mehr und immer mehr zu einem internationalen Drei aus, der die deutsche Politik in dieser immerhin recht wichtigen Frage eigentlich veranlassen müßte, recht scharf auf der Hut zu sein. Auf jeden Fall besteht ein recht bedeutender

Gegenatz

zwischen der amtlich erhärteten deutschen Auffassung über den rein aufklärenden Charakter der Londoner Juristenkonferenz und dem Treiben Englands, Frankreichs, Belgiens und Italiens in Genf und Vizes-Bains, wenn auch neuerdings betont wird, daß alle diese Vespörungen sich nicht um die geplante Außenministerkonferenz, sondern nur um einen Meinungsaustausch mit der deutschen Regierung an Ort und Stelle drehen, also gewissermaßen um eine Vorkonferenz. Demgegenüber sind aber diese Vespörungen in Genf und Vizes-Bains mit recht bedeutenden politischen Aufgaben

betraht, die in einem merkwürdig engen Zusammenhang mit der Sicherheitsfrage stehen. So z. B. der

vom „Echo de Paris“ ausgeplauderte Briand'sche Vorschlag von einer entmilitarisierten Zone im Osten vom Danziger Korridor über Polen bis nach Schlesien, ein Vorschlag zu dem in Vizes-Bains der englische Außenminister Pressebetretern gegenüber äußerte: „Die britische Zuhörerschaft auf dem europäischen Festlande erwiderte sich nicht weiter als bis zum Rhein, infolgedessen dürfte sich aller Voraussicht nach die Notwendigkeit ergeben, die Sicherheitspaktfrage auf zwei getrennten Konferenzen zu behandeln.“

Nüchtern betrachtet, stehen alle diese recht breiten Ausführungen im direkten Gegensatz zu der Betonung von der rein aufklärenden Aufgabe der Londoner Juristenkonferenz. Es ist jetzt an der Zeit, daß Deutschland endlich ein

Spieß mit offenen Karten

fordert. Wir stehen dieser Forderung, die über Deutschlands Zukunft auf unabsehbare Zeit entscheidet, sehr zurückhaltend gegenüber. Wir wollen jetzt Aufklärung und ein klares deutsches Mindestprogramm, damit von vornherein alle etwa im Westen der Entente schümmelnden Klimatausgleichslüste sofort im Keime erstickt werden können.

Nach einer weiteren Genfer Meldung ist die offizielle

Einladung Deutschlands nach Lausanne

schon auf dem Wege nach Berlin. Man nimmt nach dieser Genfer Meldung an, daß diese Lausanner Konferenz etwa wie folgt zusammengesetzt sein werde: Reichskanzler Dr. Luther, Baldwin, Painlevé und Mussolini, Stresemann, Chamberlain, Briand, Vandervelde, Scialoja — und allenfalls Benesch und Ströhm, Wesselen, Juristen usw.

Insgesamt nimmt man an, daß die Delegationen mit ihrem gesamten Stützpersonal nicht mehr als 150 Personen zählen werden. Der Schwerpunkt bleibt nun allerdings, ob Deutschland diese Konferenz annimmt, und darüber hat das Reichskabinett zu entscheiden.

Die Ermordung der Zarenfamilie.

Eine halbamtliche Erklärung der Sowjetregierung.

Kopenhagens „Nationaltidende“ berichtet, daß die Sowjetregierung eine offizielle Erklärung über die Ermordung der Zarenfamilie veröffentlichten läßt. Zu diesem Schritt hat sich die Sowjetregierung deswegen veranlaßt gesehen, weil auf Grund eines Verbotss der Verbreitung ausländischer Nachrichten über die Ermordung der Zarenfamilie bei der bolschewistischen Presse in zunehmendem Maße Anfragen über die Einzelheiten der Ermordung einliefen. Dabei wurde auch die Frage gestellt, warum die Sowjetregierung der Bevölkerung nicht selbst Aufklärungen über die tragische Begebenheit in Jekaterinburg gemacht habe. In der letzten Zeit aber hatten sich die Nachrichten über die blutige Untat in Jekaterinburg immer mehr ausgebreitet. In aller Heimlichkeit begannen Flugblätter mit den Einzelheiten der Morde von Hand zu Hand zu gehen.

Die Erklärung selbst enthält nichts, was nicht bereits vorher bekannt gewesen wäre. Motiviert wird die Tat damit, daß die Ausrottung der Zarenfamilie notwendig geworden sei (!), weil der Rat des Unregimentes die Nachrichten erhalten hatte, daß von gegenrevolutionärer Seite ein Versuch zur Freisetzung des Zaren gemacht werden sollte. Das einzig Interessante an der ganzen Erklärung ist, daß die Ermordung der Zarenfamilie bereits zwei Wochen vor Begehung der Tat beschlossen wurde und demnach wohl überlegt war, was von den Bolschewisten bisher ständig abgegriffen wurde.

Deutsches Reich.

Berlin, den 11. September 1925.

Das deutsche Gehirn. In München tagt zurzeit die 14. ordentliche Mitgliederversammlung der wissenschaftlichen Gesellschaft für Luftfahrt. Prinz Heinrich von Preußen, der als Ehrenvorsitzender der Gesellschaft dieser Tagung bewohnt, wies darauf hin, daß nur große wissenschaftliche Leistungen Deutschland wieder emporbringen können. Er bezog sich hierbei auf die Worte eines Engländers nach dem Kriege: „Wir können soviel Deutsche totschlagen wie wir wollen, jedoch nicht das deutsche Gehirn.“

Für die Lokverhandlungen mit den Reichsbahnarbeitern, die im Reichsarbeitsministerium wieder begonnen haben, hat der Reichsarbeitsminister den hamburger Schlichter Dr. Stenzel bestellt.

Belegungen auf unsere Zeitung für den Monat September nehmen nach alle Postämter sowie die Briefträger täglich entgegen. — Bereits erschienene Nummern werden nachgeliefert.